

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K., Schiffsplatz 6 und  
Katharinenstr. 1, Fernruf: 17 55, Verlagsort: Dresden, 18 600.  
Sprechstunden: Montag 10-12 Uhr, Dienstag 10-12 Uhr, Mittwoch 10-12 Uhr  
Donnerstag 10-12 Uhr, Freitag 10-12 Uhr, Samstag 10-12 Uhr, Sonntag 10-12 Uhr

7. Jahrgang Dresden, Montag den 17. August 1931 Nummer 143

Heute früh in Dresden unerhörter

## Polizeiüberfall auf die KPD!

Rühns Polizei befiehlt sämtliche Büroräume der KPD, der Massen-Organisationen und der Arbeiterstimme / Genosse  
Goldhammer und eine Anzahl weiterer Funktionäre verhaftet / Organisiert Protestkurm in Betrieben und Stempelstellen

Antwort: Massenwerbung für Partei und Presse! Wer hat die Legalität der KPD  
zu fürchten?

Heute in den frühesten Morgenstunden wurden von der Dresdner Polizei die Räume der Bezirksleitung der KPD, des KPD, der KPD, der Arbeiterstimme, der KPD, der roten Hilfe und des Kampfbundes besetzt und Hunderttausende Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei sind die Beamten sogar beauftragt — wie wir hören durch Dr. Blotenhauer — die Arbeitszimmer der Reichstags- und Landtagsabgeordneten gleichfalls zu durchsuchen. Eine Anzahl Parteigenossen, der Gen. Goldhammer, Redakteur, Herbert Paulsen, Gen. Fritz Dämig von Lötzen, Gen. Seidenmann, ein erwerbsloser Angestellter und der Gen. Redder sind verhaftet worden. Alle Räume der Partei, der Redaktion, der Druckerei und der Massenorganisationen wurden einer Untersuchung bis auf den letzten Winkel unterzogen. Gesunden wurde nichts. Lediglich unwichtiges Material, so die Schultreibrichtlinien der Reichspionierleitung für den 11. August wurde beschlagnahmt, um diesen ungeheuerlichen Überfall auf völlig legale Organisationen, die ihren politischen Kampf in der breitesten Öffentlichkeit organisieren, zu rechtfertigen.

Nach der Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin ist dieser Polizeiüberfall in Dresden ein weiterer Schritt zum KPD-Verbot.

Dieser Polizeiüberfall auf die Kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen zeigt: Die Bourgeoisie will Material zum Parteiverbot. Die einzige Kraft, die den Kampf gegen den nunmehrigen Hungerkrieg führt, soll „zerstört“ werden. Aber die Feinde des Volkes können natürlich material „herdrehen“ der Kommunisten finden und hilflos betrachten ihren die faschistischen Wordingen als „Material“.

**Intime Probotaurpläne der Nazis**  
Tolante Meldung zeigt die intime Rolle der Nazisführer: Eine geheime Führertagung der Nationalsozialistischen Partei hat am 12. August im Hotel „Askania“ am Anhalter Bahnhof stattgefunden. Anwesend war unter anderem auch der Fremdenführer Dietrich Schütz. Das Hauptthema des Abends war die Frage, ob die nationalsozialistischen Stütztruppen schon im gegenwärtigen Augenblick offiziell und öffentlich als Hilfstruppe der Polizei auftreten sollen.

Das wurde abgelehnt, weil man es aus politischen und propagandistischen Gründen im gegenwärtigen Augenblick noch nicht für zweckmäßig hält. Man einigte sich aber vollkommen über die Richtlinien, auf Grund deren der Kampf gegen die Kommunisten jetzt geführt werden soll, und beschloß, in den nächsten Tagen möglichst zahlreiche Adressen von Funktionären der Kommunistischen Partei zu sammeln. Gleichzeitig sollen die Schütztruppen der Nationalsozialistischen Partei Drohschreiben an Parteimitglieder ausfertigen, auf den Straßen und in den Unterebenen der Stadt verstreuen, Schlagereien und Zusammenstöße mit der Polizei herbeiführen.

Dann sollen der Polizei sofort die Namen und Adressen der inhaftierten kommunistischen Funktionäre mitgeteilt werden, mit der klaren Behauptung, daß diese die Unruhen organisiert hätten. Die Funktionäre der Kommunistischen Partei, so folgerte man in der Geheimhaltung, werden dann von der Polizei zweifelslos verhaftet werden, die Polizei würde in ihren Wohnungen Hausdurchsuchungen abhalten und auf alle Fälle irgendwelches Material finden. (Wie z. B. in der Hirtenstr. unter einer jahrelangen alten Staubdecke den Kameerwolder eines Greises, aufgehoben als Erinnerung an den im Kriege gefallenen Sohn.)

Auf diese Weise würde die Öffentlichkeit dauernd durch schändliche Verhaftungen von kommunistischen Arbeitern und Funktionären in Atem gehalten und schließlich in eine Art von Panikstimmung veretzt werden.

Weiter wurde beschloßen, an den Stellen, wo die Unruhen von den nationalsozialistischen Lertostgruppen organisiert werden, alle Kaskale und deren Notausgänge zu besetzen, in den Kaskalen sollte möglichst die Vorkaschalter unbrauchbar zu machen und die Telefonleitungen und die umliegenden Straßen abzuriegeln. Die anwesenden Sektionsleiter der Nationalsozialistischen Partei wurden verpflichtet, die hier festgelegten Aufgaben schnellstens in Angriff zu nehmen.

**Nazi-Berufungsarbeit in Unruhherden**  
Mit welchem Erfolg die Probotaurzentrale in der Heideanstalt diese Aufgaben inzwischen erledigt hat, haben die bisherigen täglichen Massenversammlungen völlig einwandlos Arbeiter zur Genüge erwiesen. Die bürgerliche Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, hat das schändliche Treiben der Nationalsozialisten durch Sensations- und Geheimnisse, bewährte Verleumdungen und Entfaltungen aufs beste gefördert. Herr Goebbels mit seinen Propagandakriegs liefert dem Unruhehaufen morgens, mittags und abends je ein halbes Duzend Schimpfblätter.

Die gesamte KPD-Presse und ihre Ableger, die Renegatblätter, sahen bis zum Ueberdruß die Verleumdung wider, die Führung der KPD befindet sich in einer „verweirten“ Lage, deshalb arbeite sie auf ein Verbot der Kommunistischen Partei hin. Das neugeborene Vorstandsmitglied der KPD, Herr Meier, hat diese Verleumdung zuerst publiziert. Offenbar wollte er damit den Befähigungsnaheweisen erbringen, daß er würdig ist Mitglied des Parteivorstandes der KPD zu sein.

Er selbst wird nicht müde, dieses Geschwätz als tiefgründige politische Botschaft den sozialdemokratischen Arbeitern zu lehren. In einer Berliner Mitgliederversammlung der KPD gab er diese Weisheit folgendermaßen von sich:

„Jetzt ist die Kommunistische Partei innerlich aufs Schwerste erschüttert. Durch die politischen Menschensurbe an Polizeibeamten sucht sie den Ausweg, um durch ein Verbot der KPD in das Dunkel der Illegalität zu flüchten. Ein Verbot der Kommunistischen Partei wäre ein großer Fehler. Sollen die Führer Rechenschaft ablegen vor ihren Parteigenossen.“

Also — die Kommunistische Partei will deshalb „in das Dunkel der Illegalität flüchten“, weil sie die Rechenschaft vor den Mitgliedern fürchtet. Und die KPD ist es, die die Kommunistische Partei an dieser „Flucht in die Illegalität“ hindert. „Mögen sie sich verantworten“, ruft pathetisch der SPD-Vorstand Meier, der sich damit plötzlich als „Verteidiger“ der Legalität der Kommunistischen Partei aufspielt. Es ist klar, daß dieser Treppenschwanz nur von berufsmäßigen Taschenspieler und Volksbetrügern erfunden werden konnte.

In dem Kopfe des SPD-Vorstandes Meier vermindeln sich die Arbeiter, die Mitglieder der KPD in sozialdemokratische Funktionäre, die ihren gut bezahlten Platz an der Futterrippe des kapitalistischen und kommunalen Vermögenapparates haben, und die jetzt, weil die KPD die Massen zum Volksentscheid, zum Sturz der Preußentregierung aufrief, die Kommunistische Partei „zur Verantwortung“ ziehen wollen. Die kommunistischen Arbeiter als die glühendsten Verteidiger der Braun-Georing — das ist die erstaunlich fähige Legit der SPD-Führer. Sie ist nicht weniger kühn als die andere, daß die KPD vor ihrer Legalität fliehen möchte, und daß die KPD diese Flucht verhindern.

Rügen werden dadurch nicht zur Wahrheit, wenn man sie dummdreist und mit falschem Pathos beklammert. Selbst der geschickteste Schwindler kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der „Vorwärts“ am 11. August das Verbot der KPD forderte, daß er indirekt zugab, daß die Regierung Braun-Georing eine solche Maßnahme vom Reichsinnenminister gefordert hat, und daß das Verbot nur deshalb nicht ausgesprochen wurde.

**Hungeraufruhr in Birna**  
Durch die Verzögerung der Reichshauptmannschaft erfolgte die letzte Woche in Birna ein ungeheurer Raubzug auf die Taschen der Arbeiter, der Fürsorgeempfänger. In einer hier fortgeführten Erwerbslosenversammlung, die von 400 Erwerbslosen besucht war, sprach Gen. Stadtrat Göhler über den neuen Raubzug auf die Taschen der Fürsorgeempfänger. Treffend wurde auf die Auswirkungen der Bräuningschen Notverordnung hingewiesen und auf die Maßnahmen der Arbeiter-Parteien, den Hooverstein Silberstreifen noch eine Weile blank zu erhalten. Die Versammlung brachte den schärfsten Protest gegen die Maßnahmen der Reichshauptmannschaft zum Ausdruck. Von allen Erwerbslosen wird die sofortige Rückzahlung der abgezogenen Gelder gefordert. Nach der Versammlung bildete sich, ohne Aufforderung des Erwerbslosenrates, spontan ein Demonstrationzug, um die nach dem Rathaus gekommene Delegation bei ihren Forderungen zu unterstützen. Demonstrationen drängten in die Räume des Rathauses und schrien den anwesenden Polizeibeamten in die Ohren: „Schickt uns doch tot, wir haben Hunger und sonst nichts zu verlieren.“ Die Birnaer Polizei hatte zu ihrer Unterstützung nicht mehr

**Lehrlingsstreik in Hamburg**  
Am 14. August traten die Lehrlinge der Hamburger Firma Hermann & Burghard in den Streik und wählten sich eine Streikleitung. Der Kampf geht gegen eine ganz unerhörte Behandlung der Lehrlinge.